



HESSISCHER LANDTAG

05. 12. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Zusammenhalt stärken, Teilhabe ermöglichen und dem Fachkräftemangel begegnen – Deutschland braucht ein modernes Einbürgerungsrecht!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Deutschland bereits seit den 1960er Jahren ein Einwanderungsland ist. Viele Menschen haben in Deutschland bereits vor Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Sie arbeiten und leben hier, sind ehrenamtlich engagiert, ihre Kinder sind hier geboren und besuchen Schulen und Kitas. Diesen Menschen muss ermöglicht werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten und die hiermit verbundenen staatsbürgerlichen Rechte, wie insbesondere das Wahlrecht, wahrnehmen zu können.
2. Der Landtag bekräftigt, dass das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht nicht mehr zeitgemäß ist. Viele Menschen, die bereits seit langem in Deutschland leben und dieses Land, ihre Heimat, tagtäglich mitgestalten, besitzen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft und können in der Konsequenz in Deutschland nicht wählen und nicht für öffentliche Ämter kandidieren. Dieses mehr als rückschrittliche Staatsangehörigkeitsrecht gilt es zu reformieren, um diesen Menschen in ihrer Heimat Deutschland echte und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.
3. Der Landtag beklagt, dass über das Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland und insbesondere über die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft in der Vergangenheit viele Debatten geführt worden sind, die insbesondere in Hessen von falschen Tatsachenbehauptungen, Ressentiments, Stimmungsmache und Menschenfeindlichkeit geprägt waren. Dies hat viele Menschen tief verletzt. Unrühmliche politische Instrumentalisierungen dürfen die aktuelle Debatte nicht erneut bestimmen. Die Reform unseres Staatsangehörigkeitsrechtes ist lange überfällig und eine große Chance, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.
4. Der Landtag stellt fest, dass eine Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts und die Erleichterung des Erwerbs auch einen Beitrag dazu leisten kann, Deutschland als innovatives, vielfältiges und weltoffenes Einwanderungsland attraktiver zu gestalten. Denn Deutschland benötigt unstreitig branchenübergreifend dringend Fachkräfte. Weil in nahezu allen Branchen Fachkräfte fehlen, verliert die deutsche Wirtschaft laut einer Studie der Boston Consulting Group (BCG) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen 84 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Laut Bundesagentur für Arbeit fehlen Deutschland 400.000 Fachkräfte im Jahr.
5. Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten beschlossen hat. Um wirtschaftspolitisch voranzukommen, braucht Deutschland qualifizierte Kräfte aus dem In- und Ausland. Um die Schwellen für Zuwanderung herabzusetzen, bedarf es der von der Bundesregierung angekündigten Erleichterungen in Form von Entbürokratisierung, flexibleren Einbürgerungsverfahren und der Möglichkeit von digitaler Antragstellung auch und insbesondere im Bereich der Berufsanerkennung. Auch die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) fordert, die Verfahren zur Anerkennung von beruflichen Qualifikationen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Denn die Berufsanerkennung bildet für Fachkräfte und Arbeitgeber ein wichtiges Qualitätssiegel.

6. Der Landtag kritisiert, dass insbesondere das für Einbürgerungs- und Berufsanerkennungsverfahren zuständige Regierungspräsidium Darmstadt über eine völlig unzureichende Personalausstattung verfügt. Im letzten Jahr wurden laut öffentlicher Berichterstattung tausende Menschen durch die Behörde darüber informiert, dass man ihre Einbürgerungsanträge nicht bearbeiten könne. Dies ist auch mit Blick auf die geplante Einbürgerungsreform nicht hinnehmbar. Ein Personalmangel besteht auch im Bereich der Berufsanerkennungsverfahren. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Regierungspräsidium die notwendigen Stellen zuzuweisen, um entsprechende Anträge schnell und unbürokratisch bearbeiten zu können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. Dezember 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph